

Sitzung vom 9. März 2022

**386. Postulat (Stärkung der Interessen des Kantons Zürich
im Rahmen eines Beitritts zum Europäischen Wirtschaftsraum)**

Die Kantonsräte Davide Loss, Thalwil, und Lorenz Schmid, Männedorf, sowie Kantonsrätin Claudia Frei-Wyssen, Uster, haben am 13. Dezember 2021 folgendes Postulat eingereicht:

Der Regierungsrat wird eingeladen zu prüfen, wie er sich im Interesse des Kantons Zürich als Wirtschafts-, Forschungs- und Bildungsstandort beim Bund dafür einsetzen kann, dass die Schweiz dem Europäischen Wirtschaftsraum EWR beitrifft.

Begründung:

Mit dem Scheitern der Verhandlungen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union über ein institutionelles Rahmenabkommen sind die Interessen des Kantons Zürich als Wirtschafts-, Forschungs- und Bildungsstandort in besonderem Mass tangiert. Die wirtschaftlichen Schäden und weiteren Konsequenzen für den Kanton Zürich als zentraler Wirtschafts-, Forschungs- und Bildungsstandort sind beträchtlich.

Deshalb soll sich der Regierungsrat beim Bund dafür einsetzen, dass die Schweiz dem Europäischen Wirtschaftsraum EWR beitrifft. Ein solcher Beitritt würde die Position der Schweiz und die Interessen des Kantons Zürich massiv stärken. Es ist deshalb unumgänglich, dass der Regierungsrat darauf hinwirkt, dass es zu einem Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum kommt. Ein Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum stellt eine passende Alternative zum gescheiterten Rahmenabkommen mit der Europäischen Union dar.

Auf Antrag der Staatskanzlei

beschliesst der Regierungsrat:

I. Zum Postulat Davide Loss, Thalwil, Lorenz Schmid, Männedorf, und Claudia Frei-Wyssen, Uster, wird wie folgt Stellung genommen:

Am 26. Mai 2021 entschied der Bundesrat, die Verhandlungen zum Institutionellen Rahmenabkommen zwischen der Schweiz und der EU abubrechen. Nach diesem europapolitischen Wendepunkt steht die Schweiz vor der Frage bzw. Herausforderung, wie sie ihre künftigen Beziehungen zur EU gestalten soll. Der Regierungsrat teilt die Ansicht, dass für den Kanton Zürich als Forschungs- und Innovationsstandort ein geregeltes

Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU von grosser Bedeutung ist. Er hat die Regierungspräsidentin beauftragt, in Zusammenarbeit mit der Volkswirtschaftsdirektion und der Staatskanzlei Grundlagen für mögliche Grundsätze und Leitlinien zur Weiterentwicklung der europapolitischen Haltung des Kantons zu erarbeiten, um die spezifischen Interessen des Kantons Zürich in der Diskussion um das zukünftige Verhältnis Schweiz-EU gezielt einbringen zu können. Dazu wurde unter der Leitung der Staatskanzlei eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe eingesetzt. Die Arbeiten werden von einer politischen Steuerungsgruppe begleitet. Die Ermittlung der Zürcher Interessenlage und die darauf aufbauende ergebnisoffene Beurteilung der europapolitischen Optionen schliessen auch das Szenario eines Beitritts zum Europäischen Wirtschaftsraum mit ein, dieses kann aber nur eine von diesen Optionen sein.

Aus diesen Gründen beantragt der Regierungsrat dem Kantonsrat, das Postulat KR-Nr. 435/2021 abzulehnen.

II. Mitteilung an die Mitglieder des Kantonsrates und des Regierungsrates sowie an die Staatskanzlei.

Vor dem Regierungsrat
Die Staatsschreiberin:
Kathrin Arioli